

Wien, am 29. September 2023

Auf den Punkt gebracht!

ZA – INFO

Liebe Funktionärinnen!

Liebe Funktionäre!

Kriminaldienstreform

- Wie ihr alle wisst, wurde die Kriminaldienstreform zwischen dem Dienstgeber und dem Zentralausschuss verhandelt.
- Strittige Punkte hat der Minister trotz Bedenken der Personalvertretung allein entschieden und werden nach seinem Wunsch umgesetzt – wir haben berichtet!
- Seitens des Dienstgebers wird seither fleißig an der Umsetzung gebastelt, als ob bereits alles in trockenen Tüchern wäre! Das ist aber nicht so!

- Jetzt ist es wichtig, die versprochene „langsame“ Umsetzung auch wirklich mit der zuständigen Personalvertretung (FA und teilweise auch DA) zu verhandeln!
- Lasst es euch nicht gefallen, wenn ihr über Umsetzungsschritte einfach nur „informiert“ werdet! Das war so nicht vorgesehen!
- Jetzt sind die LPD am Zug um z.B. die versprochene Schaffung der KAD (Kriminalassistentenstellen) mit dem Fachausschuss zu verhandeln.
- Denkt daran: Jeder von euch eingebrachte Antrag löst wiederum das B-PVG aus und ist zu bearbeiten!!

Jetzt ist es wichtig, dass der Informationsaustausch zwischen uns Funktionär:innen bis hin zu den Dienststellenausschüssen funktioniert und wir unsere Möglichkeiten im Rahmen des B-PVG ausschöpfen!

LVT – Reform

- Es geht munter weiter mit den Reformen. Die LVT-Reform soll mit 1.1.2024 umgesetzt werden.

FSG Homepage



Dein FSG-Team im Zentralausschuss

Bundesministerium für Inneres, 1010 Wien, Herrngasse 7 www.fsg4you.at
Tel.: +43 (0)664/3230277 E-Mail: BMI-ZA-FSG@bmi.gv.at

FSG-APP



Apple



Google

- In bisher zwei Besprechungen wurde uns im Zentralausschuss das Vorhaben der Reform mitgeteilt.
- Die wichtigsten Kernbereiche der Reform sind:
 - Personen und Objektschutz
 - Flughafensicherheit in Kombination mit Terrorismusbekämpfung
 - Aufteilung der IT in Forensik und Ermittlung (hier werden Synergieeffekte mit der BK-Reform genutzt)
 - Gefährdungs- und Risikomanagement
 - Prävention
 - Software / Aktenverwaltung
 - Ausbau von Vertrauenspersonen
- Insgesamt besteht ein Mehrbedarf von 161 Planstellen inklusive Wien. Diese müssen im BMKÖS noch bewilligt werden!
- Die Landesämter werden in „Landesämter Staatsschutz und Extremismusbekämpfung (LSE)“ umbenannt.

Die Änderungen wurden mit den Landesvorsitzenden besprochen. Es gab keine Einwände dagegen und der Reform wurde in der ZA-Sitzung im September zugestimmt.

Direkte Verrechnung der Nächtigungs- und Verpflegungskosten durch die Dienstbehörde bei Aus- und Fortbildungen bzw. bei Seminaren

- Wir wollen, dass bei dienstlichen Seminaren eine direkte Zahlungsabwicklung der gesamten Verpflegungs- und Nächtigungskosten durch den Dienstgeber erfolgt.
- Laut BMI scheitert dies jedoch am Fehlen von diversen Detailbudgets.
- Die Verrechnung, je nach betroffener Dienststelle bzw. der jeweiligen Teilnehmer:innen, gestaltet sich deshalb schwierig und ist nur über eine eigene Kostenstelle möglich.

**Zu diesem Thema sind noch einige Antworten des BMI ausständig!
Übrigens: Wir fordern schon lange eine Erhöhung der Tarifsätze in der RGV!**



Recruiting/Neuaufnahmen

- Einige unserer Forderungen wurden bei der Rekrutierung bereits berücksichtigt (Klimaticket, kostenloser Führerschein, Auszahlung von Bewerberprämien udgl.)
- Viele Punkte sind jedoch noch offen, die sicherlich dazu beitragen würden, das Berufsbild „Polizist“ attraktiver zu gestalten (Anrechnung von Vordienstzeiten, Nachsicht des Bundesheeres, Kinderbetreuungsstellen u.v.m.)
- Ob es sinnvoll ist, den Sporttest erst NACH erfolgter Aufnahme positiv zu absolvieren, sei dahingestellt.
- Das leidige Thema der Tattoos wird der Minister alleinig entscheiden. Welche Probleme dadurch entstehen – auch für das bereits bestehende Personal – darf abgewartet werden.

Der Erlass wurde größtenteils zur Kenntnis genommen. Einige strittige Punkte werden noch mit dem Minister verhandelt. Wir werden sehen, welche Änderungen in der Praxis erforderlich sind.

Ermittlungs- und Beschwerdestelle für Misshandlungsvorwürfe – kurz „Meldestelle für Polizeigewalt“

- Wie ihr wisst, hat diese Regierung im BMI eine eigene Organisationseinheit für die Ermittlung bei Misshandlungsvorwürfen geschaffen.
- ANMERKUNG: Derartige Ideen gab es bei einer Regierungsbeteiligung der SPÖ noch nie und diese hat auch bei dieser Meldestelle NICHT zugestimmt!
- Die FSG forderte in mehreren Anträgen, dass bestimmte „Begleitmaßnahmen“, welche in den Erlässen des BMI ohne Gesetzesänderung umgesetzt werden können, auch umgesetzt werden.
- 1.: Beschuldigte Bedienstete sollen ungehindert zu Kursen zugelassen werden, um deren Karriere nicht zu gefährden. Für nachträglich schuldig Gesprochene kann man im Nachhinein noch entsprechende Maßnahmen setzen.
- 2.: Ein laufendes Disziplinarverfahren soll kein absoluter Ausschlussgrund für eine Planstellenbewerbung darstellen. Der Passus soll daher aus den Interessentensuchen

FSG Homepage



Dein FSG-Team im Zentralausschuss

Bundesministerium für Inneres, 1010 Wien, Herrngasse 7 www.fsg4you.at
Tel.: +43 (0)664/3230277 E-Mail: BMI-ZA-FSG@bmi.gv.at

FSG-APP



Apple



Google

herausgenommen werden. Bei Schuldigsprechungen kann man im Nachhinein entsprechende Maßnahmen setzen.

- 3.: Belohnungen sollen umgehend nach Freisprechung ausbezahlt werden. Unschuldige Suspendierte erhalten keine pauschalierten Nebengebühren. Nach Freisprechung sollen diese umgehend nachbezahlt werden.

Warten wir ab, wie sich die Angelegenheit weiterentwickelt und wo „Nachbesserungen“ notwendig sind!

Notrufbearbeiter: innen bei Landesleitzentralen (LLZ)

- Entgegen unserer Bedenken ist ein Probetrieb der Notrufbearbeiter:innen in den LLZ in Vorarlberg, Tirol und Salzburg vorgesehen.
- In einem zweiten Schritt könnte Wien zusätzlich eingebunden werden!
- Derzeit gibt es noch Probleme betreffend der Bewertungen die im BMKÖS noch abgeklärt werden müssen. Dann startet der Probetrieb.
- Unsere Bedenken:
 - Im zuletzt umgesetzten Projekt wurden E2a-Bewertungen geschaffen, mit der Argumentation, dass es sich um eine wesentliche Führungsleistung handle,

Notrufe von Menschen entgegenzunehmen und den Streifendienst im Bundesland zu steuern.

- Ein Umschwenken auf kurz ausgebildete Mitarbeiter ohne praktische Polizeierfahrung wäre ein Paradigmenwechsel.
- Der Einsatz des Notrufdisponenten ist der unmittelbare Kontaktpunkt in der Außenwirkung zu den hilfeschuchenden Menschen. Hier gilt es mit polizeilicher Erfahrung vorzugehen!
- Polizeiliche Notrufe/Einsätze sind oft erheblich komplexer als jene von Rettungsleitstellen mit klaren Abfragealgorithmen (Atmung, Puls, Blutung udgl.)
- Operative Kräfte erwarten, dass sie von erfahrenen Disponenten mit polizeilicher Ausbildung geleitet und unterstützt werden.
- Eine Mischung von Vertragsbediensteten und Exekutivbediensteten in der Leitstelle, welche dieselben Aufgaben zu bewältigen haben, aber erheblich unterschiedlich besoldet werden, erzeugt zwangsläufig Spannungsfelder in der Mannschaft.



Gegen dieses derzeit vorgelegte Modell bestehen unsererseits große Bedenken und wird vermutlich nicht unsere Zustimmung finden!

Objektschutzpolizei

- Dieses Thema betrifft derzeit nur Wien.
- Unserer Meinung nach wäre eine gesetzliche Änderung notwendig, bei der die Objektüberwachung gänzlich dem Bundesheer übertragen wird.
- Mit der Objektschutzpolizei wird eine „vierte Form“ der Polizeiausbildung geschaffen, was unserer Meinung nach zu großen Problemen führt.
- Zähneknirschend und mangels vorhandener anderer Optionen, haben wir im ZA einstimmig diesem Vorhaben zugestimmt. Dies deswegen, weil ansonsten der Eindruck entstehen könnte, das Personalproblem in Wien sei uns egal.
- Warten wir einmal ab, wie sich die Rekrutierung des Personals gestaltet.
- Einige Details aus dem Erlass:
 - Für die Objektschutzpolizei ist eine blaue Polizeiuniform mit Distinktionen der FGP vorgesehen und einer Aufschrift mit Klettverschluss „Objektschutzpolizei“.
 - Deren Befugnisse werden durch interne Weisungen definiert.
 - Die Einsatzabteilung kümmert sich um die Einteilung.
 - Die ersten 50 Bediensteten werden auf die meistbelasteten PIs verteilt werden, wobei sie NICHT zum systemisierten Stand zählen – ein weiteres Problem!

Uns wurde mitgeteilt, dass, wenn dieses Projekt nicht wie geplant funktioniert, es beendet wird und die vorhandenen Bediensteten können entweder bei entsprechender Eignung in die Polizei (Anmerkung: inkl. Verwaltung) übernommen werden, oder deren Sondervertrag wird beendet.

Wir glauben nicht, dass es so einfach ist, die Bediensteten dann zu entlassen!!

PV – Wahlen 2024

FSG Homepage



Dein FSG-Team im Zentralausschuss

Bundesministerium für Inneres, 1010 Wien, Herrngasse 7 www.fsg4you.at
Tel.: +43 (0)664/3230277 E-Mail: BMI-ZA-FSG@bmi.gv.at

FSG-APP



Apple



Google



- Mit 1. Oktober 2023 erhalten die Landesvorsitzenden und die Vorsitzenden der DA-Zentralstellen wiederum die Kandidatenlisten für die Reihung der in ihrem Zuständigkeitsbereich fallenden DA-Kandidat:innen.
- Auch wenn die Wahl noch weit weg erscheint, sind die Teams JETZT zu bilden.
- Es darf uns nicht passieren, dass die Kolleg:innen nicht die Möglichkeit haben die FSG zu wählen.
- Ihr seid es vor Ort, die das Bild der FSG prägen – DANKE dafür!

ACHTUNG: Noch 61 Wochen bis zur PV-Wahl 2024

Alles Gute, bis zum nächsten Mal, wünscht euch

Martin NOSCHIEL und sein Team

KOMPETENT

SACHLICH

HILFSBEREIT

LÖSUNGSORIENTIERT

FSG Homepage



Dein FSG-Team im Zentralausschuss

Bundesministerium für Inneres, 1010 Wien, Herrngasse 7 www.fsg4you.at
Tel.: +43 (0)664/3230277 E-Mail: BMI-ZA-FSG@bmi.gv.at

FSG-APP



Apple



Google